

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/43. Jahrgang

August 2012

Schutzgebühr: 0,40 €

## Rettet den Schwanenteich!

Trotz Sommer- und Semesterferien ist die BI „Stoppt diese Landesgartenschau“ höchst aktiv.

Ein neues Bürgerbegehren, das sich gegen die totale Verschandelung des Schwanenteichs richtet, ist auf den Weg gebracht. Hier soll an allen Ufern sowie auf beiden Seiten des Damms jeder Bewuchs, ob Baum ob Strauch, entfernt werden; der

Darüber hinaus hat die BI zu einer Podiumsdiskussion eingeladen und eine Menschenkette um den Schwanenteich geplant (nähere Informationen auf Seite 8).

Mittlerweile sind auch – wie zu erwarten war – die Pläne zur Preis-Erhöhung des Semestertickets bekannt, mit dem die Studierenden der JLU und der Fachhochschule (THM) die



Diese kleine Bogenbrücke (links) über den Schwanenteich, die viele Gießener lieb gewonnen haben, wurde von den LaGa-Betreibern zerstört. Rechts die geplante neue Brücke, kalt und häßlich und so tief, daß die Schwäne die Hälsen einziehen müssen; alle Bäume und Sträucher muß man sich wegdenken, sie werden beseitigt

Schwanenteich soll zu einem rechteckigen Becken und der Damm zu einer kahlen Straße werden, auf der die Baufahrzeuge der LaGa genügend Platz haben. Die Sammlung der für das Bürgerbegehren notwendigen Unterschriften läuft zügig – auch wöchentlich auf dem Seltersweg.

LaGa mitbezahlen sollen. Bei einer Erhöhung des Semestertickets um 13,50 Euro sollen die insgesamt 38.000 Studierenden zu gut einer halben Million Euro zur Mit-Finanzierung der LaGa zwangsverpflichtet werden. Die beiden ASten haben noch nicht zugestimmt.



## 1. SEPTEMBER ANTIKRIEGSTAG



Am Antikriegstag, dem 1. September, lädt der DGB Mittelhessen ab 14 Uhr wieder zu einer öffentlichen Antifaschistischen Stadtführung durch Gießen ein. Treffpunkt ist das DGB-Haus in der Walltorstraße, der Stadtgang endet am Greifendenkmal (Ecke Grünberger-/Licher Straße), um dort das verklärte Gedenken an Faschismus und Krieg im Nachkriegsdeutschland zu thematisieren. Die Kosten betragen pro Person 5 Euro. Schüler, Studenten und Erwerbslose zahlen 2,50 Euro. Anmeldung bei: **DGB-Jugendbüro Mittelhessen**, Ulrike Eifler (Jugendbildungsreferentin), Walltorstraße 17, 35390 Gießen, Tel.: 0641-93278-0



### Inhalt:

Eritrea /Amnesty in US-Diensten	S.2
Stromsperrten/Rettungsschirm	S.3
Stadtparlament/	S.3
Uni-Klinik/Occupy-Camp	S.4
Widerstand/BRD-+DDR-Schulden	S.5
Buchtip: Mißbrauch/CS-Day	S.6
Syrien/Umsonstladen/Leserbrief	S.7
Termine/Prozeß gegen Antifa	S.8

Für Frieden und Sozialismus!



# Eritrea – Grothe gibt keine Ruhe

Was reitet den grünen Stadtverordneten Grothe, seine Attacken gegen Eritrea mit allen Mitteln fortzuführen? Ende Juli hatte eine eritreische Delegation an Stadtverordnetenvorsteher Egon Fritz eine Protestnote überreicht – versehen mit 1500 Unterschriften. Darin verwahrten sie sich gegen die von Grothe initiierte Resolution zur Verhinderung des Eritrea-Festivals in Gießen, gegen die Angriffe von Schlägertruppen aus den Reihen seiner Demonstranten sowie gegen die Diffamierungen und forderten eine Entschuldigung. „*Es ist absurd, dass ein Stadtparlament alle Hebel in Bewegung setzt, um eine friedliche Veranstaltung zu verbieten, aber die Neonazi-Demonstration im Juli 2011 nicht zu verhindern wusste,*“ heißt es u.a. darin.

Grothes Reaktion: eine Wiederholung seiner Angriffe wegen Menschenrechtsverletzungen in Eritrea, gestützt vor allem auf Berichte von Organisationen wie „amnesty international“ und „Reporter ohne Grenzen“, die – leicht nachprüfbar – nicht mit gleichem Maßstab messen (siehe Kasten). Und er verweist auf UN-Berichte und Sanktionen, die gegen Eritrea verhängt worden sind. Nun ist es wahrlich keine neue Erkenntnis, dass sich seit der Niederlage der sozialis-

tischen Länder die UN mehr und mehr zum verlängerten Arm des „freien Westens“ und dessen ökonomischen Interessen entwickelt hat. Man denke an die Sanktionen (die immer die Zivilbevölkerung treffen!) gegen den Irak seit den 90er Jahren, an Afghanistan, Libyen, Iran, Syrien... Dagegen hat es nie eine Sanktion gegen die USA gegeben, weder wegen Folter und Guantanamo noch wegen der Nichtbefolgung der jährlich fast einstimmig angenommen UN-Resolution zur Aufhebung des US-Embargos gegen Kuba. Dennoch ist die UN im Sinne ihrer Gründungs-intention unentbehrlich.

Über die wirtschaftlichen Hintergründe der Kampagne gegen Eritrea und seine Bodenschätze, auf die der „Westen“ keinen Zugriff hat, haben wir in den letzten Echos berichtet, auch über die Verhältnisse im Land, wie sie objektive Hilfsorganisationen, z.B. „medcare“, sehen.

In einem „deutschlandweiten Aufruf nach Frieden und Gerechtigkeit“<sup>1)</sup> fordern die in der BRD lebenden Eritreer die Aufhebung der ungerechten und illegalen Sanktionen, die Umsetzung der endgültigen und bindenden Resolution der neutralen Grenzkommission und die Aufhebung der rechtswidrigen Besetzung eritreischen Gebiets



durch Äthiopien (mit Unterstützung der USA).

Daß ein Land, das massiv militärisch bedroht wird, eine starke Armee benötigt, ist offensichtlich. Der letzte Überfall Äthiopiens liegt erst wenige Monate zurück. Daß aus einem Land, das sich de facto im Kriegszustand befindet, Menschen fliehen, ist verständlich.

Wenn Stadtverordneter Grothe wirklich etwas für die Menschen in Eritrea tun will, dann sollte er sich für den Frieden einsetzen. Aber Friedenspolitik ist für Grüne seit Fischers Auschwitzlüge (Jugoslawienkrieg) kein Thema mehr. Erika Beltz

<sup>1)</sup> Der Aufruf ist beim Echo erhältlich

## Amnesty in US-Diensten

Wie weit amnesty international inzwischen von der einst neutralen Einstellung entfernt ist, zeigte Anfang dieses Jahres die Berufung von Suzanne Nossel zur geschäftsführenden Direktorin von amnesty in den USA. Nossel war vorher in hochrangiger Position in der US-Administration tätig, also dem Land der Folter und Killerkommandos. Sie war dort mit verantwortlich für die US-Desinformations-Politik bezüglich Iran, Syrien, Libyen und der Elfenbeinküste. Jetzt verbreitet sie in ihren Newslettern reißerische Hetzartikel, die die Konflikte einzelner Länder (Eritrea!) anheizen sollen und die – wie kürzlich ihr „Bericht“ über Syrien - sogar von der FAZ zurückgewiesen wurden.





# Schluß mit Stromsperren!

Jeder spürt es: Fast alles wird teurer, Lebensmittel, Miete, Energie, Nahverkehr, Strom... Bei stagnierenden oder sinkenden Einkommen wird das für immer mehr Menschen zu einem unlösbaren Problem. Besonders krass sind die Folgen, wenn das Geld nicht mehr zum Bezahlen der Stromrechnung oder einer Nachzahlung reicht. Schnell greifen die Stromversorger zu einem drastischen Mittel: Sie

Seit 2005 sind die Strompreise für Privathaushalte um 40% gestiegen. Weder Rentenerhöhungen noch Hartz-IV-Sätze (hier sind seit Jahren ganze 26 Euro für Strom enthalten) haben dem Grundlage aktueller Umfrageergebnisse bundesweit 786.000 Stromsperren verhängt worden.

stellen den Strom einfach ab. Danach ist ein normales Leben kaum noch möglich. Was alles von der Stromversorgung abhängt, kann sich jeder selbst ausmalen. Finanziell wird die Lage schnell aussichtslos. Ohne Strom wird das Leben teurer. Zum Wiederanschluß muß nicht nur die ausstehende Stromrechnung bezahlt werden, sondern auch eine Gebühr bis zu mehr als 100 Euro. Die Gießener Stadtwerke verlangen 92 Euro, plus Mehrwertsteuer und „weiteren Kosten“. Stromsperre ist ein heftiger Eingriff in das Leben der Menschen,

der nicht den Stromversorgern überlassen werden darf. Strom für Kleinabnehmer ist sowieso viel zu teuer. Hier gilt das Motto: Die Armen zahlen für die Reichen. Konzerne sind von

den Kosten der sogenannten Energie-wende befreit. Die Mehrkosten für Strom aus Sonne, Wind, Wasser, Bio-masse usw. zahlen alleine Privatkunden und kleine Gewerbe-treibende. Darüber hinaus kann jeder, der Geld genug hat, in diese Technologi-

en zu investieren, mit Renditen bis zu mehr als 10% rechnen. Die Kosten für die Erhaltung und den Ausbau der Stromnetze werden ebenfalls überwiegend von kleineren Stromverbrau- chern aufgebracht. Großabnehmer bekommen elektrische Energie zu Spottpreisen frei Haus geliefert. Des- wegen ist die Forderung berechtigt: Schluß mit den Stromsperren für zahlungsunfähige Kleinverbraucher! Wer seine Stromrechnung nicht mehr be- zahlen kann, braucht Hilfe und keine Zwangsmaßnahmen.

Gernot Linhart

## Rettungsschirm = Offenbarungseid

Mit dem Ansinnen, die Bürger zu befragen, auf was sie denn am liebsten verzichten würden, wird die Wahl zwischen Pest und Cholera angeboten. Magistrat und Stadtverordnete brauchen nur einen Samstag Vormittag mit den Menschen im Seltersweg zu reden, um ihre Meinungen zu erfahren. Dazu braucht man kein Forschungsinstitut, für dessen fragwürdige Ergebnisse Geld ausgegeben wird. Während durch die Landesgartenschau die Verschuldung der Stadt in unverantwortlicher Weise in die Höhe geschraubt wird, soll jetzt der Bürger „demokratisch“ entscheiden, ob er lieber auf das Schwimmbad oder die Stadtbücherei verzichten oder lieber höhere Abgaben bezahlen will. Es kommt einem Offenbarungseid gleich, dass nun auch Gießen, nachdem für die Gartenschau eine Million nach der anderen verpulvert und die Wiesseckau zerstört wird, den „Schutzschirm“ der Landesregierung beanspruchen will. Dessen Sinn und Zweck ist zwar eine kurzfristige Schuldenentlastung, aber eine langfristige höhere Verschuldung und dazu eine unakzeptable Abhängigkeit von den dann vorgegebenen Sparauflagen. Danach allerdings werden sich die verantwortlichen Kommunal-Politiker die Hände in Unschuld waschen. Dann werden sie die Verantwortung für die unweigerlich kommenden katastrophalen Zustände von sich weisen, und sie „denen da oben“, zuschieben, nachdem sie sich freiwillig in deren Hände begeben haben. Auch der DGB hat nachdrücklich vor den sogenannten kommunalen Rettungsschirmen gewarnt und eine bessere Finanzausstattung der Städte gefordert. Es ist eine Schande, dass Hunderte Milliarden für Bankenrettungen bereitgestellt werden, während den Kommunen die für ihre Aufgaben notwendigen Gelder vorenthalten werden.



## Stadtparlament

Am 6. September findet die nächste Sitzung des Stadtparlaments nach der Sommerpause statt.

Michael Beltz wird für die Linksfraktion dort beantragen, unter Einbeziehung des Personalrats zu prüfen, ob im Gießener Standesamt an einem Samstag im Monat Eheschließungen vorgenommen werden können. Bisher ist dies nur am Donnerstag und Freitag Vormittag möglich. Gerade für Paare, deren Gäste eine längere Anreise haben und daher einen zusätzlichen Urlaubstag benötigen, ist dies sehr von Vorteil. Darüber hinaus können konfessionslose Paare ihre Trauung und Feier am gleichen Tag begehen.

Des weiteren wird Michael Beltz nachfragen, ob dem Magistrat bezüglich der Demonstration gegen des Eritrea-Festivals bereits im Vorfeld bekannt war, beziehungsweise, ob er Anhaltspunkte dafür hatte, daß die Demonstranten gewaltbereit sein werden sowie dass auch aus dem Ausland (Schweiz) gewaltbereite Schläger anreisen würden.



# Uni-Kliniken zurück ans Land!

„Damals konnte man ja noch nicht wissen, daß die Gewinn machen wollen“ – diese erstaunlich naive Aussage machte Hessens Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann bei einer Diskussion im Uniklinikum, die vom Deutschlandfunk veranlasst und direkt übertragen wurde. Es ging natürlich um die Privatisierung des Uniklinikums Gießen-Marburg und die Frage, ob diese gescheitert sei. Im Verlauf der Diskussion gab die Ministerin zu, daß die damalige Landesregierung einen für das Land sehr schlechten Vertrag abgeschlossen hat. 1,5 Millionen Euro Honorar hat

die Regierung an eine Beraterfirma gezahlt – und dafür einen Vertrag erhalten, der vollkommen einseitig den Interessen des privaten Betreibers Rhön AG entspricht. Das Land hat zwar noch 5% Anteil am Klinikum, aber keinen Sitz im Aufsichtsrat, keinen Einfluß auf Personal- und Geschäftspolitik und auch sonst keine Möglichkeit einzugreifen. Außer einem Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen für wenige Jahre hat die Rhön AG nur nicht einklagbare Versprechungen gemacht. Statt die Forschung zu fördern sind die Ärzte so belastet, daß sie dafür kaum noch Zeit haben – obwohl das Land 20% der Arztstellen für Forschung und Lehre bezahlt. Aus der versprochenen neuartigen Strahlentherapie (Partikeltherapie) in Marburg wurde nichts. Die Rhön AG kann davon keine Gewinne erwarten. Der damalige Ministerpräsident Koch, sein Finanzminister Weimar und alle sonstigen Komplizen, die die Kliniken für weniger als 10% ihres Wertes verschleudert haben, gehören eigentlich wegen Veruntreuung von Staatseigentum vor Gericht. Am Rande der Veranstaltung demonstrierten Mitglieder des



Betriebsrates und Beschäftigte gegen Stellenkürzungen und forderten einen Rückkauf des Klinikums. Auch die Hörer der Sendung, die sich während der Übertragung beim Sender per Telefon oder e-mail meldeten, forderten allesamt, daß Gesundheit nicht zur Ware werden darf und verurteilten die Privatisierung. Wie recht sie haben, zeigt die neuere Entwicklung. Jetzt wurde bekannt, daß die Geschäftsführung des Klinikums durch Änderung der Schichtpläne 50 volle Stellen in der Pflege einsparen will. Die dringend notwendigen Überlappungszeiten beim Schichtwechsel sollen verkürzt werden. Das ist eine Maßnahme zur Gewinnsteigerung, die eindeutig sowohl Patienten und Personal belastet. Schluß mit den Stelleneinsparungen – Schluß mit dem Profitsystem im Gesundheitswesen. Gernot Linhart



# Occupy-Camp geräumt

Polizeibeamte haben das Occupy-Camp vor der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt geräumt. Sie stellten zunächst die Personalien der Besetzer fest und führten sie anschließend nach und nach auf den benachbarten Willy-Brandt-Platz. Die hessische Linkspartei hat die Vorgänge verurteilt. „Mit der Räumung des Occupy-Camps setzt der schwarz-grüne Magistrat gemeinsam mit SPD-Oberbürgermeister Peter Feldmann die antidemokratische Politik des Verbots von Protesten fort“, erklärte der Landesvorsitzende Ulrich Wilken am Montag. Die Zeltlager der antikapitalistischen Bewegung seien „eine wichtige Form des Protests gegen die zerstörerische Europapolitik der Bundesregierung,

gegen die europaweite Zerstörung des Sozialstaats zur Finanzierung von Bankverlusten“.

Unmittelbar vor Beginn der Beseitigung des Camps hatte das Amtsgericht Frankfurt einen Eilantrag gegen die Auflösung der Zeltstadt abgelehnt. Das Protestcamp und die damit einhergehende dauerhafte Besetzung der Grünanlage seien durch das Grundrecht der Versammlungsfreiheit nicht gedeckt, begründete das Gericht seine Entscheidung. Es verwies unter anderem darauf, daß kein gemeinsames Ziel der Personen erkennbar sei, wenn sich auf dem Camp sowohl Aktivisten wie auch Migranten, Obdachlose und Drogenabhängige aufhielten. Eine Versammlung sei dadurch charakterisiert, daß eine



Mehrheit durch einen gemeinsamen Zweck inhaltlich verbunden sei. Zudem bestätigte das Gericht die von der Stadt angeführte Gefahren für die öffentliche Sicherheit. Es verwies unter anderem auf die hygienischen Umstände.

Die Occupy-Aktivisten kündigten an, jetzt vor den Hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel zu ziehen.



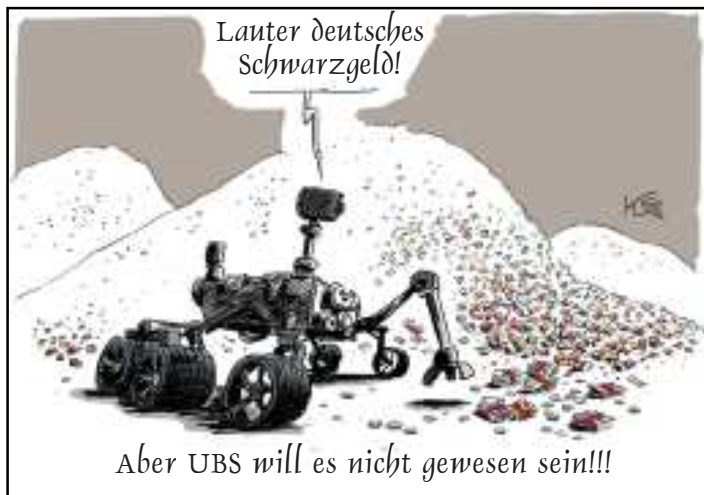
# Der Widerstand wächst

„Über dem Arbeitsmarkt ziehen dunkle Wolken auf“ titelt der Giessener Anzeiger am 1. August. Auch die Gesundheitsminister können die Augen nicht mehr davor verschließen, dass die Konjunkturkrise zurück kehrt und dabei um Deutschland keinen Bogen macht. Und dann ist da noch die Euro-Finanzkrise, gegen die weder Politiker noch „Wirtschaftsleute“ ein Rezept haben. Letztlich wissen diese Ökonomen des Kapitalismus nicht mehr, was sie überhaupt bekämpfen wollen - für die einen droht Inflation, für die anderen Depression. In den Siebziger des vorigen Jahrhunderts hatten wir schon beides zur gleichen Zeit, die so genannte Stagflation.

In ihrer Ratlosigkeit beschlossen nun die europäischen Regierungschefs mit Merkel an der Spitze einen Fiskalpakt mit rigoroser „Schuldenbremse“. Die ruinösen Wirkungen dieser Politik sind in Südeuropa schon zu sehen. Seit Jahren rollt dort im Namen dieser Sparpolitik der Generalangriff auf Arbeiter, Rentner und Arbeitslo-

se. Der Schuldenknüppel trifft all diejenigen, die schon jetzt Opfer der Krise sind. Die Verursacher der Krise, die Banken und Großkonzerne, sind die Gewinner dieser Politik, die nur ein Ziel kennt: den Gläubigern der Staatsschuld pünktlich Zinsen und Tilgung zahlen.

Was in Griechenland geschieht, kommt auch zu uns. Und endlich wird auch der deutsche Gewerkschaftsbund wach. DGB-Chef Michael Sommer versteht nicht, wie SPD und Grü-



ne dem Fiskalpakt im Bundestag zustimmen konnten. Er hält Merkels Euro-Politik für „verfassungswidrig“. Die Zeitung „Publik“ der Gewerkschaft

Der Wirtschaftswissenschaftler **Heiner Flassbeck** in der letzten „Publik“: „Deutschland ist eindeutig in einer Rezession. Der hiesige Binnenmarkt ist so flach wie immer und die Exporte sinken, vor allem weil die anderen Euroländer von Deutschland nichts mehr kaufen.“

**Franz Müntefering** (SPD), seinerzeit sog. Arbeits- und Sozialminister: „Kapitalismus ist keine Sache aus dem Museum sondern brandaktuell.“

Ver.di sagt, „der Fiskalpakt ruiniert Europa“ und „beschädigt die Demokratie“. Der Vorsitzende von Ver.di, Frank Bsirske, beteiligt sich am Kongress der Fiskalpaktgegner von Sozialverbänden, Attac und Occupy-Bewegung. Aber diesmal gilt es für die Gewerkschaften, nicht nur den Mund zu spitzen sondern auch zu pfeifen. Auf den Links-Schwenk der SPD sollten sie nicht warten. Es wird Zeit, den Kapitalismus, eine Gesellschaftsordnung, deren einziges Ziel es ist, die privaten Gewinne zu fördern, Profite zu subventionieren und soziale Rechte abzubauen, in das Museum der Geschichte zu verbannen.

Klaus Mewes

## DDR und BRD - Staatspleiten im Vergleich

Wenn Mauer, Stasi und Reisebeschränkung nicht mehr überzeugen, um den „Unrechtsstaat“ DDR zu verdammen, dann muß die Ökonomie her. Wenn auf die sozialen Errungenschaften der DDR verwiesen wird (Bildung und Arbeit für alle, ein vorbildliches Gesundheits- und Sozialwesen), dann heißt es, das konnte sich der Staat nicht leisten. Deswegen ging er pleite.

Das wird – fälschlicherweise – noch heute behauptet, wo jeder vor Augen hat, was eine tatsächliche Staatspleite (Griechenland...) ausmacht. Sehen wir uns die realen Zahlen an: Die Angaben über die Pro-Kopf-Verschuldung der DDR 1989/90 schwanken zwischen 1.569 und 6.000 DM. Legt man die Maastricht-Kriterien zugrunde, nach denen die Staatsverschuldung maximal 60% des

Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen darf, dann hätte die DDR getrost noch mehr Schulden machen können – bis 7.590 DM pro Kopf.

Die Verschuldung der BRD betrug zum gleichen Zeitpunkt 14.900 DM, also fast das Doppelte.

Die heutigen Zahlen sind noch viel katastrophaler; Ende 2010 betrug die Verschuldung der BRD 83% des BIP, Griechenlands 142%, Italien 119%, Portugal 93%... und auch die USA sind bereits mit über 100% des BIP verschuldet. – Alle marode, alle pleite, alle mit rigorosem Sozialabbau, überall grassiert die Armut.

Der Schuldenberg der BRD beträgt inzwischen mehr als 2 Billionen (2.000.000.000.000) Euro; etwa gleichhoch ist das Privatvermögen einiger weniger, die sich den gesellschaftlichen Reichtum aneignen,

während immer mehr Menschen unter der Armutsgrenze leben.

In der DDR dagegen gab es bis zuletzt großzügige Sozialleistungen und jeder, der wollte, konnte auch in Urlaub fahren – zwar nicht nach Mallorca, aber ans Schwarze Meer.

Die Ursachen für die Niederlage des Sozialismus, die hausgemachten und die objektiven Gründe, müssen diskutiert werden. Aber mit allen Fehlern und Schwächen bleibt die DDR der überlegene, der soziale, der friedfertige Staat, das bessere Deutschland. Und deswegen vergeht kein Tag, an dem nicht kübelweise Verleumdungen ausgeschüttet werden, um von den Grausamkeiten und Verbrechen des Kapitalismus abzulenken, um ihn als „alternativlos“ erscheinen zu lassen. Aber das ist er nicht.

Michael Beltz

## Mario Balotelli - 2 : 0 für Italien

Die Faschisten und die Liga Nord wollten die Aufstellung des schwarzen Fußballers in der Nationalmannschaft verhindern. Wenn er auflief, ließen sie das für sie typische Affengeheul los und bewarfen ihn mit Bananen. Als er dann nach einem Besuch im ehemaligen KZ Auschwitz der Mannschaft erzählte, dass auch jüdische Verwandtschaft seiner Pflegemutter in einem deutschen KZ ermordet wurde, steigerten die Faschisten ihren Hass.

Nach dem Spiel gegen Deutschland mit seinen beiden Toren schwiegen die Faschisten in Italien und den deutschen Gesinnungslumpen blieb ihr "Sieg, Sieg" im Hals stecken. M.B.

## CSD Mittelhessen

Unter dem Motto „Queer denken! Bunt leben!“ findet am 1. September 2012 in Gießen - zum ersten Mal seit 1994 - wieder ein Christopher-Street-Day (CSD) Mittelhessen statt. Geplant ist, dass der Veranstaltungsort in Zukunft von Jahr zu Jahr wechseln soll, um alle Städte der Region (Marburg, Wetzlar, Friedberg) einzubinden. Noch immer gibt es Vorurteile, Ausgrenzungen und sogar Hassverbrechen. So wurde u.a. das Gebäude des autonomen Schwulen-Trans\*Queer-Referats und des autonomen Queer-Feministischen-Frauenreferats der Uni mit Hakenkreuz und einer Morddrohung beschmiert. Auch die Attacke des ehemaligen Professors der Technischen Hochschule Mittelhessen, Wolfgang Leisenberg, gegen die Plakataktion „Liebe wie du willst“ zeigt, dass ein politischer CSD in Gießen nötig ist! DKP queer ist der Meinung, das jetzt die Zeit wieder reif für einen revolutionären Pol in der Queer-Community ist, der eine fortschrittliche Alternative zum kapitalistischen Wahnsinn und der rechten Anpassungspolitik des Lesben- und Schwulenverbands thematisiert und aktiv dafür eintritt. Denn Diskriminierung von Menschen aufgrund ihrer Sexualität oder Lebensweise hat Sündenbock- und Ablenkungsfunktion. Dies dient den Herrschenden als Mittel zur Spaltung und damit der Stabilisierung ihrer Macht.

Thomas Knecht

Weitere Infos zu DKP queer  
[www.red-queer.de](http://www.red-queer.de)

## Erziehung im „Namen des Herrn“

In dem eben erschienenen Buch „Ich bin hinter Dir“ schildern der Herausgeber Rolf Cantzen und 10 weitere ehemalige Schüler katholischer Internate im persönlichen Rückblick ihre Erfahrungen. Über sexuellen Mißbrauch ist viel in der Öffentlichkeit bekannt geworden; über die körperliche Züchtigung schon weniger und über die Struktur der alltäglichen Demütigung, die sadistischen Unterordnungsrituale fast gar nichts.

Der sexuelle Mißbrauch ist verjährt, das Züchtigungsrecht in Schulen der BRD wurde erst 1973 verboten (DDR 1949) für die Opfer besteht also kein Anspruch auf Entschädigung.

Schwarze Pädagogik ist heute der Sammelbegriff für repressive Erziehungsmethoden, die Gewalt und Einschüchterung als Mittel benutzen und war die gängige Erziehungsmethode in Schulen, Internaten, Heimen und zu Hause, bis weit über 1950 hinaus. Alle und speziell katholische Internate durch das Zölibat und andere Glaubensregeln, sind von der Öffentlichkeit weitgehend isolierte Systeme und damit ist der Schritt von der absoluten Unterwerfung des Kindes bis zum sexuellen Mißbrauch nur noch ein kleiner.

Es geht nicht um einzelne Übergriffe – sondern der Mißbrauch bestimmte systematisch den Alltag der Schüler – ob nun durch sexuelle, körperliche oder seelische Gewalt.

Ein Anliegen der Autoren ist es, aufzuzeigen, daß die totalitäre Institution von Internat, Heim auch ohne sexuellen Mißbrauch nicht zur geistigen und charakterlichen Entwicklung eines Kindes zu einer selbstbestimmten Persönlichkeit beiträgt, sondern Kadavergehorsam erzeugt und die Opfer sogar soweit manipuliert, daß sie zu Mittätern werden. Die Autoren beschreiben anschaulich, welche Folgen der Internatsaufenthalt hinterlassen hat und wie viele Jahre es überhaupt gedauert hat, die Scham zu überwinden, darüber zu reden und welche Reaktionen es von der

Kirche, von der eigenen Familie nach dem Bekanntwerden gab.

Die Erfahrungsberichte sind fast alle zwischen 1965 und 1975 angesiedelt, also relativ zeitnah zu einem anderen totalitären System, das absolute Unterwerfung forderte: dem Faschismus. Die katholischen Erzieher der Internatsschüler sowie deren Eltern haben alle ihre Schulzeit im faschistischen Deutschland verbracht.

Sabine Albrecht



Rolf Cantzen (Hrsg.):  
Ich bin hinter dir.  
Alibri-Verlag.- 15 Euro





# Syrien: UN-Mehrheit heizt Bürgerkrieg an

Der Kampf um die Herrschaft in Syrien scheint noch lange nicht entschieden. Daß die Kämpfe sich so brutal und massiv gegen die Zivilbevölkerung auswirken, ist entgegen der westlichen imperialen Propaganda vor allem der ausländischen Unterstützung der bewaffneten und zu jeder Gewalttat bereiten Aufrührer geschuldet. In diese verlogene Politik reiht sich auch die jüngste Entschließung der UN-Vollversammlung ein. Den Entwurf dazu hatte Saudi-Arabien eingebracht, ein Staat, der bekanntlich das Wort 'Demokratie' nur vom Hörensagen kennt. 133 Staaten stimmten für eine völlig einseitige Verurteilung der syrischen Regierung und ihrer Truppen für den Einsatz schwerer Waffen in Wohnbereichen der Zivilbevölkerung - zu der Politik derer, die genau dazu Wohngebiete in Syrien besetzen und von Saudi-Arabien und Katar mit 300 Mio. Dollar finanziert wurden, enthält die Resolution natürlich kein Wort.

Zudem war der erste Entwurf der Resolution, in dem noch der Rücktritt des syrischen Staatspräsidenten al-

Assad und Sanktionen gegen Syrien gefordert wurden, noch nach heftigem Widerstand von Brasilien, Indien, Pakistan, Südafrika und Argentinien abgeschwächt und diese Forderungen aus ihm gestrichen worden. Während 31 Staaten sich dann bei der Abstimmung enthielten, stimmten (nur) 12 dagegen, allerdings so gewichtige, wie die Volksrepublik China und Russland. Russlands UN-Vertreter Tschurkin begründete seine Ablehnung damit, dass der Resolutionstext „einseitig und unausgewogen“ sei, da er nur die syrische Regierung verantwortlich mache und die syrische Opposition ermutige, weiter Gewalt zur Destabilisierung des Landes einzusetzen. Er beschuldigte einige Staaten - neben Saudi-Arabien und Katar auch die Türkei, die USA und andere westliche imperialistische Staaten - unter dem Deckmantel und Vorwand von 'Humanitärer Hilfe' von außen Söldner und militärische Gewalt gegen die syrische Regierung zu fördern, zu finanzieren und logistisch und propagandistisch zu unterstützen.

# Leserbrief

Wenn die Herrschenden mal keine Lüge zu den kapitalistischen Krisen einfällt, wird ideologisch die Übervölkerungstheorie und die des demographischen Wandels regelmäßig bemüht. Dabei ist die Methode alles andere als neu! - Sie wurde bereits schon von Thomas Robert Malthus (1766-1834) als Reaktion auf die französische Revolution von 1789 entwickelt. Damit sollte das wachsende Interesse an der Revolution in Großbritannien erstickt werden. Er war englischer Geistlicher und Ökonom und veröffentlichte 1798 das Pamphlet „Essay of Population“. Die Hauptaussagen sind wie folgt zusammengefasst:

1. der Mensch vermehrt sich außerordentlich schnell, während
- 2 die zur Verfügung stehenden Nahrungsmittel nur viel langsamer gesteigert werden, weshalb es
3. notwendig ist die Zahl der „Esser“ radikal zu vermindern. Der Kapitalismus soll mit dem apologetisch/biologistisch/anthropologischen Erklärungsmuster verklärt und gerechtfertigt werden. Die Suche nach einem sozialistischen Ausweg soll erst gar nicht aufkommen. Dies wäre aufgrund wissenschaftlich-technischen Entwicklung möglich. Die Menschheit wäre ernährbar und für jeden gäbe genügend adäquate Arbeit!

Uwe Moldenhauer

**Redaktionsschluß für das Sept.-Echo ist am 30.8.**

# Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)

Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse: .....

e-mail: .....

## UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Probeexemplar bzw. 10 Wochen  
Gratis-Abo (endet automatisch):  
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482  
E-mail: [UZAbot@t-online.de](mailto:UZAbot@t-online.de)

## „Warentauschmarkt“ ist bei uns das ganze Jahr

Kein Tausch – kein Geld – Umsonstladen! Klein aber fein, der „Umsonst Laden“ in Gießen

Es ist Dienstagmorgen ca. 10 Uhr. Im Ernst-Toller-Weg 3 in Gießen herrscht ein reges Treiben. Einige Leute gehen mit Kartons in das dortige „Cafe Toller“, andere Personen kommen mit Plastiktüten oder Taschen dort heraus.

Was ist da wohl los? Das wird sich manch einer fragen, der nicht weiß, dass sich dort auch der „Umsonst Laden Gießen“ befindet. Was ist dies nun schon wieder, so wird sich manch einer fragen, der darüber nicht informiert ist, bzw. diesen Laden gar nicht kennt.

Neben Berlin, Hamburg, München und Stuttgart, hat auch die Stadt Gießen einen „Umsonst Laden“. Umsonst Laden?

Der Sinn des Ladens ist der, dass Menschen Dinge hierher bringen und kostenfrei andere Sachen wieder mitnehmen können. Doch selbst wer nichts mitbringt, kann hier im Laden

kostenfrei Dinge des täglichen Gebrauchs mitnehmen. Alles was man dort findet stammt von anderen Menschen, die es nicht mehr brauchen und kostenlos weitergeben wollen.

Niemand muss teure Bücher, Geräte, Kleidung etc. neu kaufen. Im „Umsonst Laden“ gibt es das alles für alle und zwar umsonst! Allerdings sollten sich die Nutzerinnen und Nutzer des Ladens Gedanken darüber machen, was sie wirklich brauchen und nicht so viel wie möglich zusammen raffen, nur weil es nichts kostet.

Leben und Wechsel bringt Vielfalt – auch in den „Umsonst Laden“. Deshalb laden wir alle Menschen ein, den Laden bald zu besuchen. Zum Stöbern, Finden, Kennenlernen und noch vielem mehr.

Der „Umsonst Laden Gießen“ im Cafe Toller (beim Funkmast in der Grünberger Str.), Ernst-Toller-Weg 3, ist dienstags von 10 bis 13 Uhr und donnerstags von 17 bis 19 Uhr geöffnet. P.R./B.W

## Termine der BI "Stoppt diese Landesgartenschau"

### Diskussionsveranstaltung gemeinsam mit der Stadt Gießen

Donnerstag 23. August, um 19.30 Uhr, im Konzertsaal des Rathauses über das Bürgerbegehren "Rettet den Schwanenteich!" mit den Sprechern der BI **Martina Lennartz** und **Dietmar Jürgens**, Oberbürgermeisterin **Dietlind Grabe-Bolz**, Bürgermeisterin **Gerda Weigel-Greilich**, **Rüdiger Schäfer**, Moderator und Vertrauensperson des Bürgerbegehrens. Ab 19 Uhr können im Vorraum die Pläne für die radikale Umgestaltung studiert werden.

### Menschenkette

am Freitag, 31. August, um 17 Uhr gibt es eine Menschenkette um den Schwanenteich.

### Info-Stände:

Samstag 25. August am Kugelbrunnen,  
Samstag, 1. September neben den drei Schwätzern

**Die BI bittet um Spenden**, sie können samstags am Infostand abgegeben oder überwiesen werden auf Konto: **D. Jürgens Antilaga**, Konto 897 514 26, BLZ 513 500 25, Sparkasse Gießen



## „Marburger Woche zum Internationalen Antikriegstag“

vom 27. bis zum 30. August 2012  
**Krieg sehen. Vor Ort und im Fernsehen**, Montag, 27. 8. 17 Uhr  
**Ausstellung: Bilder aus Bagdad**  
Foyer der Philos. Fakultät der Uni Marburg, Wilhelm-Röpke-Str. 6  
28. bis 30. August von 9 bis 16 Uhr  
**AStA-Forum Krieg& Frieden**  
Dienstag, 28. 08.2012, 18:00 Uhr,  
Philosophische Fakultät, Hörsaal 6  
**Podiumsdiskussion: Wie halten es die Parteien mit Krieg und Frieden?**

29. 8., 19 Uhr Historischer Rathaussaal, Am Markt 1  
mit Vertretern von u.a. DGB, SPD, Die Linke, Grüne, CDU  
**Veranstalter:** DGB-Kreis Marburg-Biedenkopf, AStA u.c.

## Christopher-Street-Day

1. September 2012: 12 Uhr: Treffen am Rathaus, Demo zum Kirchenplatz.  
14 Uhr: Kundgebung  
Anschließend Straßenfest mit Bühnenprogramm und Podiumsdiskussion. 20 Uhr: Musical im Jokus. 22 Uhr: CSD-Party.

*Der Kämpfer gegen Faschismus und Krieg*

## Hans Heisel

*verstarb am 12.07.2012 im Alter von 90 Jahren.*

*Als Widerstandskämpfer in der Résistance war er in Frankreich aktiv und trat der KPD bei. Als Mitglied der DKP blieb er seiner Überzeugung treu und vermittelte seine Erfahrungen auf vielen Veranstaltungen.*

*Deutsche Kommunistische Partei Gießen*



## Widerstand gegen Hartz IV

jeden Montag 18 - 19 Uhr bei den drei Schwätzern

## Prozeß gegen Antifaschisten

Derzeit findet vor dem Gießener Amtsgericht ein Prozeß gegen einen Frankfurter Antifaschisten statt wegen „Widerstand“, „Landfriedensbruch“ und „Rädelsführerschaft“.

Er soll im vergangenen Jahr am 16. Juli während der Demo gegen den Aufmarsch der Nazis dazu aufgerufen haben, die Polizeikette, die die Nazis schützte, zu durchbrechen.

Der Staatsanwalt fordert eine Geldstrafe in Höhe von 3600 Euro.

Der Verteidiger, der Gießener Rechtsanwalt Tronje Dömer, führte dagegen aus, dass sein Mandant durch die Polizeisperre daran gehindert wurde, sein Versammlungsrecht auszuüben und die ganze Polizeitaktik an diesem Tag rechtswidrig war. Es habe keinerlei Anhaltspunkte für gewalttätige Zusammenstöße gegeben.

Auch im Aufruf „Gießen bleibt nazifrei“ ist ausdrücklich zu „gewaltfreien Blockaden“ aufgerufen worden.

**Für diesen Prozeß sind zwei weitere Termine einberaumt worden:**

**am Mittwoch, dem 22. August, um 8 Uhr sowie am Mittwoch, dem 12. September, um 10 Uhr, jeweils im Saal 100 des Amtsgerichts**

## Liebe Leserinnen und Leser,

einige - wenige - haben die Abo-Gebühren noch nicht bezahlt. Wir benötigen jeden Euro. außerdem bitten wir herzlich um Spenden

## Gießener Echo

Konto Nr. 193070

BLZ 51350025

Sparkasse Gießen